Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 20 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 10. August 1930
Sonntag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis: 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 369

20 Pfennig

Unsere Meinung

In Anbetracht der überaus schweren und lang andauernden Weltwirtschaftskrise beginnt man sich allenthalben Gedanken darüber zu machen, inwieweit die **internationale Depression** im Zusammenhang mit der **mißglückten Regelung der Tributfrage** durch den erst ein knappes Halbjahr verabschiedeten Young-Plan steht. Es ist heute noch nicht ganz geklärt, ob der Zusammenbruch der Weltkonjunktur durch die Art der internationalen Schuldenverstrickung geradezu **verursacht** worden ist. Eines steht aber fest: nämlich die Erschwerung des Wiederaufstiegs durch die gegenüber dem Dawes-Plan nur unwesentlich gemilderte Tributlast. Europa schuldet Amerika einen Jahresbetrag von über 3 Milliarden Mark an Tributen, Kriegsschulden und Zinsen, und der allergrößte Teil dieser Verpflichtung lastet auf Deutschland. Innerhalb Europas vereinnahmt nur Frankreich einen größeren Kapitalüberschuß aus politischer und politisch bedingter Verschuldung. Seine Jahreszahlungen an Amerika und England liegen um einige Hundert Millionen niedriger als die „Reparationen", die es von Deutschland empfängt. Der geschilderten Situation würde es entsprechen, wenn Frankreich und Amerika geneigt wären, ihren Forderungssaldo durch Einkäufe bei den Hauptschuldnerländern einigermaßen auszugleichen. In Wirklichkeit zieht Frankreich es vor, seine Handelsbilanz sogar aktiv zu erhalten(die Sachlieferungen ändern an dieser Grundtatsache nichts) und um jeden Preis noch mehr Gold an sich zu ziehen. Das mag immerhin vom Standpunkt der französischen Politik aus, der sich wirtschaftliche Interessen stets untergeordnet haben, einen gewissen, für uns sehr wenig erfreulichen Sinn haben. Dagegen ist keine Erklärung dafür zu finden, wie die Amerikaner eine Politik des Hochschutzzolles und der Abwehr fremder Waren mit ihrer Eigenschaft als Welt-Großgläubiger und Besitzer von nahezu 50 Prozent der Weltgoldvorräte vereinigen wollen, ohne schweren Schaden an ihrer Wirtschaft zu erleiden. Es war sowohl den Experten des Dawes- wie des Young-Planes klar, daß „Reparationen" auf die Dauer nur durch Warenlieferungen bzw. Leistungen abgegolten werden können. In Zeiten guter Konjunktur ist es zwar jahrelang vorgekommen, daß diejenigen Mittel, die Deutschland an Tributen zahlte, ihm im Kreditwege gegen Zins zurückgegeben wurden. In der Depression fällt dieser Ausweg, über dessen Problematik damals viel diskutiert worden ist, fort. Gestatten uns unsere Gläubiger nicht, ihnen mehr Waren zu verkaufen als in der Konjunkturzeit, so versetzen sie uns zwangsweise in eine Lage, in der sich unsere Importe automatisch verringern; zu den Faktoren, die den Welthandel einengen und die Krisen der Rohstoffländer verschlimmern, wird damit ein neuer hinzugefügt. Wenn in der internationalen Handelspolitik zur Zeit die Idee an Boden zu gewinnen scheint, das Meistbegünstigungssystem durch das Kontingentssystem zu ersetzen und möglichst von anderen Ländern nur so viel zu kaufen, als man ihnen selbst liefert, so muß deutlich gesagt werden, daß eine solche Politik sich mit dem Fortbestand von Tributen nicht verträgt. Tribute bedeuten, ähnlich wie interalliierte Kriegsschulden und gehäufte Privatschulden, daß die hiermit belasteten Länder auf die Dauer mehr exportieren als importieren müssen und daß die Gläubigerländer bereit sind, mehr fremde Ware aufzunehmen als eigene Erzeugnisse im Auslande abzusetzen. Die Staatsmänner der Gläubigerländer haben im Grunde nur die Wahl zwischen der **speziellen** Schädigung ihrer Industrien und Rohstoffproduktionen durch verschärfte deutsche Konkurrenz bzw. verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes und einer **generellen** Belastung ihrer Steuerzahler durch Verzicht auf die Tribute, die ihre Finanzminister heute nicht entbehren zu können glauben. Für die deutsche Politik besteht die wichtigste Aufgabe auf diesem Felde zur Zeit darin, die Welt über die gegebenen Wirklichkeiten aufzuklären. Wenn die nächste Revision fällig wird, muß die Ueberzeugung von der Verderblichkeit der „Reparationen" für die gesamte Weltwirtschaft weiter verbreitet sein als im Februar 1929, als eine deutsche Delegation nach Paris abreiste, um erstmalig eine tragbare Endlösung zu versuchen.

*

Während das deutsche Volk nur noch Interesse für seinen inneren Hader zu haben scheint, beschäftigt man sich jenseits unserer Grenzen in Ost und West in reibungslosem Zusammenwirken aller Kräfte sehr ernstlich mit Fragen, die das Wohl und Wehe der Gesamtheit betreffen und für große Teile der Bevölkerung bei außenpolitischen Verwickelungen im Wortsinne eine Entscheidung über Leben und Tod in sich bergen. Dieser Tage sind in Frankreich über **Lyon und in der Tschechoslowakei über Olmütz und Königgrätz große Luftmanöver** abgehalten worden, um die Sicherung bedrohter Städte gegen Luftangriffe zu erproben und die Einwohnerschaft mit den Schutzmaßregeln vertraut zu machen, durch die sich die Wirkung von Gas-, Brand- und Brisanzbomben zum mindesten erheblich abschwächen und eine geordnete Evakuierung verseuchter Stadtteile ins Werk setzen läßt. Alle modernen Mittel der Flugabwehr — natürlich auch diejenigen des sogenannten passiven Luftschutzes — wurden erprobt. Daß diese Dinge bei unserer Lage im Herzen Europas, unserer Wehrlosigkeit und unseren offenen Grenzen gerade uns weit mehr angehen als das Ausland, scheint Regierung und Volk bei uns so wenig zu kümmern, als ob wir auf der Insel der Seligen lebten, statt in einer kriegsschwangeren Atmosphäre, umringt von schwergerüsteten Nachbarn. Vergeblich haben einsichtige Kreise, wie z. B. der „Verein Deutscher Luftschutz" und ein großer Teil der deutschen Presse, nicht zuletzt die „DAZ", immer wieder die Forderung erhoben, daß wenigstens mit der Organisation des uns ausdrücklich zugestandenen **passiven Luftschutzes** der Anfang gemacht werden sollte. Denn es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß im Zukunftskriege das Hinterland — vornehmlich dicht besiedelte Industriegebiete, Bahnzentren, Regierungssitze, Haupt- und Großstädte, also: die Zivilbevölkerung — das erste Ziel von Luftangriffen sein wird. Kein Land der Welt liegt so unter feindlicher Luftbedrohung wie Deutschland. Es wird endlich Zeit, daß etwas geschieht, nachdem schon kostbare Jahre ungenützt verstrichen sind!

*

Wäre es nicht so traurig, so könnte man sich höchlichst amüsieren über die freudigen Hochsprünge, die sich die kommunistische Presse in Deutschland und der Sowjetunion angesichts des angeblich siegreichen Vordringens der kommunistischen Armeen in China leistet. Wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen und können es nur nochmals unterstreichen, daß diese **sogenannten kommunistischen Armeen in China** nichts anderes sind als Banditenscharen, die die Not des chinesischen Bauern und die Entblößung der südlichen Provinzen durch die Truppen der Zentralregierung infolge des Bürgerkrieges benutzten, um plündernd, mordend und brandschatzend das Land zu durchziehen. Es kann uns nur recht sein, wenn der **Kommunismus** diese Mordbanden als seine Bannerträger in Anspruch nimmt und auf diese Weise die **beste Propaganda gegen sich selbst** macht. Die Eroberung der Chinesenstadt Changsha, der Hauptstadt der Provinz Hunan, wurde begeistert von der ganzen kommunistischen Presse als Morgenrot der Herrschaft des Kommunismus in China gefeiert. Die chinesische Delegation zum 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale sandte aus diesem Anlaß ein Begrüßungstelegramm, das mit den Worten schließt: „Wir sind fest davon überzeugt, daß Ihr, heldenmütige Kämpfer der Chinesischen Roten Armee, euren ruhmreichen Kampf bis zur Erringung eines endgültigen Sieges fortsetzen werdet." Dieses Telegramm wird die heldenmütigen Kämpfer in Changsha leider nicht mehr erreichen, denn nachdem sie die halbe Stadt niedergebrannt und die ganze Stadt ausgeplündert hatten, haben sich diese „Helden", ihrer Gewohnheit gemäß, schleunigst wieder zurückgezogen, da sie ihrer materialistischen Weltanschauung entsprechend sich nur da heldenmütig betätigen, wo Geld und Gut zu holen ist, beim Kaufmann, beim Arbeiter ebenso wie beim kleinen Bauern. Ferner meldet ein Telegramm aus Nanking, daß einzelne der gegen die Zentralregierung im Kampf liegenden Generäle und Politiker mit diesen Banden in Verbindung stehen, um der Zentralregierung in Nanking Schwierigkeiten zu machen. Zu oft haben doch in den letzten Jahren chinesische Politiker ebenso wie chinesische Räuberbanden die Parole des Kommunismus benutzt, um sich irgendwelche militärischen oder finanziellen Erfolge zu verschaffen und dann dem bei Unruhen gefälligen Kommunisten einen Tritt zu geben. Ueberhaupt sollte die kommunistische Presse mit der steten Kritik über Not und Elend in fremden Ländern etwas vorsichtiger sein, solange noch jeden, der heutzutage nur durch Sibirien fährt und sich ein paar Stunden in Moskau aufhält, Not und Elend aus allen Ecken und Enden angrinsen. Ganz zu schweigen von der Grausamkeit in der Durchführung der kollektivistischen Idee auf dem Lande, die gerade in der Gegenwart namentlich die deutschstämmigen Bauern in Transbaikalien in die furchtbarste Not und Verzweiflung gebracht hat. „Es lebe die chinesische Rote Armee!" — damit überschreibt ein Berliner Kommunistenblatt die Huldigungsbotschaft an die Mordbrenner in Changsha, die das einzig Gute an sich haben, daß sie den Kommunismus in ganz China in Verruf bringen.

Wird Gandhi den Kampf abblasen?

Vor einer Zusammenkunft mit Patel — Gemäßigte indische Kreise rechnen mit Abbruch der Gehorsamsverweigerung

Bombay, 9. 8. (Sonderdienst der „DAZ")

In den indischen Kreisen gemäßigterer Richtung besteht starke Hoffnung auf Einstellung der nationalistischen Methode der Gehorsamsverweigerung. Balabhai Patel und einige andere Kongreßführer sind in ein Gefängnis nach Poona gebracht worden, so daß baldigst eine Zusammenkunft mit Gandhi stattfinden kann. In dieser soll ein Wechsel der bisherigen Politik der Nationalisten besprochen werden.

*

gl. **London**, 9. 8. (Eigenbericht)

Der in der englischen Presse mit großer Aufmachung angekündigte **Angriff** von angeblich 10 000 **Afridis** auf **Peschawar** hat bisher noch **nicht stattgefunden**. Statt dessen haben sich kleinere Abteilungen in der Stärke von mehreren hundert Mann, die sich in der Umgebung von Peschawar aufhielten, wieder in ihre Berge zurückgezogen, nachdem ihnen einige Verluste beigefügt worden waren. Britische Flugzeuge belegen eine Reihe von Dörfern in der Nähe des Warsoforts mit **Bomben**, wodurch sieben Menschen ihr Leben verloren. An der Westgrenze Indiens fielen 40 bewaffnete Angehörige der Achtzaistämme ein und stahlen einige Pferde und Kamele in dem Pischinbezirk nördlich von Quetta. Der dortige Bezirkskommissar machte sich mit einigen Polizisten auf die Verfolgung und nahm ihnen die Beute wieder ab.

Ein zweiter englischer Kreuzer nach Hankau beordert

gl. **London**, 9. 8. (Eigenbericht)

Die Lage in Hankau wird von dem englischen Seebefehlshaber so ernst gesehen, daß er den **Kreuzer „Berwick" aus Wei-Hai-Wei herangezogen** hat. Dieser ist sofort aus dem Hafen ausgelaufen und dampft mit hoher Fahrt nach dem Süden. 150 japanische Seesoldaten sind in Hankau eingetroffen. Sie sollen durch Detachements aus Schanghai verstärkt werden. Die vor einigen Tagen in Marsch gesetzten britischen Truppen in Stärke von 150 Mann befinden sich noch auf dem Wege nach Hankau. Trotzdem ist die **Stimmung** in dieser Stadt sehr **nervös**, da man jederzeit Angriffe der Kommunisten befürchtet. Die Kommunisten verhandeln noch immer um die Zahlung einer Geldsumme, die sich jetzt auf nur noch 200 000 Mark belaufen soll. In der Honanprovinz haben, wie Reuter meldet, die **Kommunisten** die Stadt **Tschangtehö** und den Bezirk um die Stadt Tanchy herum **besetzt**, während Truppen der Nankingregierung die Stadt Talan wieder erobert haben sollen.

Generaloberst v. Seeckt kandidiert für die Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis 10 (Magdeburg) hat dem früheren Chef der Heeresleitung, Generaloberst **v. Seeckt**, die Spitzenkandidatur angeboten. Es besteht begründete Aussicht, daß der Generaloberst diesem Rufe Folge leistet, obwohl ihm der Entschluß, in die Niederungen der parlamentarischen Politik hinabzusteigen, sicher nicht leicht fällt.

*

Wir beglückwünschen die Deutsche Volkspartei zu diesem Wahlvorschlag. Das deutsche Parlament hat — leider — nicht viele Persönlichkeiten aufzuweisen, die über so außerordentliche Qualitäten verfügen wie der militärische Organisator der neuen Wehrmacht. Herr v. Seeckt ist auch keineswegs nur Militär, obwohl er seinem ersten Buche, das er in der unfreiwilligen Muße geschrieben hat, bescheiden nur den Titel „Gedanken eines Soldaten" gegeben hat. Nicht nur in diesem erfolgreichen Werk und in den ihm folgenden Büchern hat sich der Generaloberst als ein politischer Schriftsteller von ungewöhnlichem Weitblick erwiesen, sondern — was mehr ist — er hat in der verantwortlichen Praxis einer politisch beispiellos delikaten Stellung gezeigt, daß er mit der Energie des militärischen Führers den Takt und das Augenmaß des Politikers verbindet. Man mag in den Erinnerungen des früheren britischen Botschafters in Berlin, Lord D'Abernon, die Szene nachlesen, in der geschildert wird, mit welcher, auch dem Ausland imponierenden, schweigenden Würde der General sich bei den Verhandlungen über das von den Feinden diktierte Wehrgesetz benahm, durch das die allgemeine Wehrpflicht zu Grabe getragen, aber gleichzeitig die neue Reichswehr, die heute bereits die Bewunderung der militärischen Kreise des Auslandes erweckt, auf eine feste Grundlage gestellt wurde. Und wie nach außen, so nach innen. Besonders im Jahre 1923, als Seeckt unter dem militärischen Ausnahmezustand der Inhaber der vollziehenden Gewalt war, traten zahlreiche Versuchungen politischer Art an ihn heran. Der General hat ihnen widerstanden und so ein historisches Verdienst nicht nur daran, daß wir heute wieder eine Armee besitzen, sondern auch daran, daß Deutschland **wieder ein Staat geworden ist.**

Bis hinauf in die höchsten Spitzen des Reiches hat man nach dem Ausscheiden des Generalobersten aus seinem Amte bedauert, daß diese wertvolle Persönlichkeit eine Zeitlang für die praktische Arbeit im Staate kaum nutzbar gemacht werden konnte. Wenn Herr v. Seeckt jetzt in die Politik geht, wird das Ja- und Ausland aufhorchen.

O. B.

Schiele Spitzenkandidat auch in Breslau und Liegnitz

Breslau, 9. 8.

In einer Versammlung von Führern und Vertretern der schlesischen Landwirtschaft in Breslau wurde die Aufstellung von schlesischen Landvolklisten beschlossen. Im Wahlkreise Breslau und im Wahlkreise Liegnitz sieht Minister **Schiele** an erster Stelle.

*

Am 8. August ist in Duisburg der **Landesverband Niederrhein der Konservativen Volkspartei** gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Generaldirektor **Haus**, München-Gladbach, gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gutsbesitzer Georg **Schröer**, Hochhalen. Wie im Wahlkreis Düsseldorf-Ost wurde einstimmig beschlossen, Geheimrat **v. Dryander** als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Niederrhein aufzustellen.

Lourenco Marques, 9. 8.

Der Kreuzer **„Karlsruhe"** ist heute hier eingetroffen. Zwischen dem Kommandanten und den portugiesischen Behörden wurden die üblichen Begrüßungsbesuche ausgetauscht.

Gemeinsame Verantwortung

Von

G. R. Treviranus

Reichsminister für die besetzten Gebiete

In der Herrenhauskundgebung am 28. Januar habe ich im Namen meiner Freunde erklärt: Wir werden sichtbar machen, daß Parteien sich nicht nur zu bekämpfen, sondern auch zu ergänzen haben. War der Gedanke der föderativen Partei, wie wir ihn, nachdem der Versuch einer Einigungsarbeit im Rahmen der Deutschnationalen Partei zusammengebrochen war, jetzt verwirklicht haben, falsch? Er hat die Bewährungsprobe bestanden, obschon die Sorge diesen Weg begleitete, daß ein Getrenntmarschieren den gemeinsamen Einsatz erschweren würde. Christlich-sozialer Volksdienst, Deutsches Landvolk und Konservative Volkspartei gehen auch in diesen Wahlkampf mit getrennten Listen, aber nicht im Kampf gegeneinander, sondern in einer Front, in der es unwesentlich ist, welchem Stoßtrupp die Mandate zufallen.

Es ist nicht gelungen, im ersten Anlauf über diesen geschlossenen dreiteiligen Kern der konservativen Kräfte hinaus, mit denen die alte deutschnationale Partei auf dem gleichen Kampffelde in Wettbewerb steht, zu einer bindenden Erklärung gemeinsamen Zusammenstehens mit benachbarten Parteien zu gelangen. Die Enttäuschung darüber ist allgemein in den weiten Kreisen, denen die Parteipolitik nur Mittel zum Zweck ist, die, nicht gebunden an eine Parteimitgliedschaft, sich nur dann zum Wahltag zu stellen pflegen, wenn sie einen praktischen Zweck für die Verwertung ihrer Stimmen zu erkennen vermögen. Auf diese weiten Kreise der zögernden, säumigen Wähler oder der Nicht-Wähler muß das Errichten von Parteischranken in einer anerkannten Notzeit abstoßend wirken.

Für die Parteien und Gruppen, die sich bei der entscheidenden Abstimmung über die Notverordnung des Reichspräsidenten hinter die Regierung stellten, besteht in den Augen der Oeffentlichkeit eine gemeinschaftliche Haftung. Wer sich ihr entziehen wollte, würde von einem richtigen Instinkt des Volkes mit Verachtung gestraft werden. Daran ist der Gedanke einer größeren Zusammenfassung an sich getrennter Parteien eine selbstverständliche Forderung. Nicht im Sinne eines wie üblich mißverständlichen Bürgerblocks, aber unter der Idee der gemeinschaftlichen Verantwortung auch für die künftige Regierungsarbeit während der Dauer des Notstandes, aus dem allein die strittigen Verordnungen ihr Daseinsrecht nehmen. Nun gibt es in allen Parteibezirken mehr oder weniger eifersüchtige Naturen, denen der Gedanke des Zusammengehens mit Nachbarn unsympathisch ist, die in der Beschränkung, und zwar in der gewollten Beschränkung, die größere Möglichkeit eines Erfolges für das eigene Kirchspiel sehen. Uns aber liegt bei allem Stolz und aller Freude an der Heimatgemarkung der Gedanke näher, daß der **ganzen** Landschaft — der größeren Heimat — zu dienen gebieterische Pflicht ist.

Darum wollen wir in unserer politischen Arbeit vor allem diejenigen sammeln, die uns in gleicher Weltanschauung in bodenständiger Nachbarschaft am nächsten stehen. Wir wollen aber auch unser Bekenntnis aus den Januartagen in die praktische Wirklichkeit umsetzen. Dabei liegt es uns fern, die Einheit der Organisation zu überschätzen, denn wir wissen ja, daß auch durch die organisatorische Einheit allein das Ringen um die praktische Gestaltung der Gegenwart und Zukunft nicht ausgeschaltet werden kann.

Zwar brachten die jüngsten Verhandlungen im Reichstagszimmer der Deutschen Volkspartei die gemeinsame Front zur Erweiterung der begonnenen Regierungsarbeit noch nicht. Wir werden aber zu Beginn der nächsten Woche in einem kleinen Kreise erneut an die Arbeit gehen, um dem deutschen Volke und vor allem der großen Armee der Nichtwähler klarzumachen, daß wir für unser Teil der Zersplitterung Einhalt gebieten wollen. Dabei werden wir uns an alle diejenigen wenden, die gleich uns erkannt haben, daß die Ueberwindung der kommenden Nöte nur auf dem Wege möglich ist, den die heutige Reichsregierung eingeschlagen hat.

Der Urlaub des Reichspräsidenten

Reichspräsident v. Hindenburg, der auch in diesem Jahr wieder seinen Urlaub in Dietramszell bei der Gutsbesitzerfamilie v. Schisler verbringt, wird am Abend des 11. August die Reichshauptstadt verlassen und am Vormittag des 12. August im Münchener Hauptbahnhof eintreffen. Von München aus wird die Fahrt nach Dietramszell im Kraftwagen fortgesetzt werden.

Beileid des Reichskanzlers zum Tode General Reinhardts

Der **Reichskanzler** hat, zugleich im Namen der Reichsregierung, der Tochter des verstorbenen ehemaligen Chefs der Heeresleitung, General a. D. Walther Reinhardt, telegraphisch seine aufrichtigste Teilnahme ausgesprochen.

Ford besucht Deutschland

London, 9. 8.

Nach Berichten aus Detroit haben Henry Ford und seine Frau Pässe für eine Reise nach England, Deutschland, der Schweiz und Frankreich beantragt. Die Einzelheiten der Reise Fords durch Europa stehen noch nicht fest.